



Bayerischer
Bezirkstag

Bayerischer Bezirkstag
Ridlerstraße 75
80339 München
T. 089/21 23 89-0
info@bay-bezirke.de

Ausgabe 1/ 2023

Bezirkstag.info

Aus dem Inhalt

Grundlegende Reform der Krankenhausvergütung

Dritte Stellungnahme und Empfehlung der
Regierungskommission für eine moderne und
bedarfsgerechte Krankenhausversorgung

Bayernweiter Ausbau von Pflegestützpunkten als gemeinsames Ziel

Die Vielfalt der Bezirke kompakt und alltagsnah erklärt

Neue Publikation informiert über die Aufgaben und
den Alltag der dritten kommunalen Ebene

Gesundheit

SCHWERPUNKT KRANKENHAUSREFORM

Regierungskommission für eine moderne und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung.	3
Grundlegende Reform der Krankenhausvergütung.	4
Akut- und Notfallversorgung.	6

Soziales

Bayernweiter Ausbau von Pflegestützpunkten als gemeinsames Ziel.	8
--	---

Europa

Neuer Leiter des Europabüros der bayerischen Kommunen in Brüssel.	9
---	---

Bayerischer Bezirketag

Die Vielfalt der Bezirke kompakt und alltagsnah erklärt	10
---	----

Personalia

Immer mehr Aufgaben und Verantwortung im Bereich Soziales	12
---	----

Bildungswerk Irsee

Angst in Psychiatrie und Gesellschaft.	13
Fort- und Weiterbildungseinrichtungen treffen sich.	14
Bildungswerk unterstützt ehrenamtliches Engagement in der Psychiatrie	14
Corona und psychische Gesundheit	15
Vier neue Stolpersteine als individuelle Grabsteine	16

Impressum

Herausgeber:
Bayerischer Bezirketag
Ridlerstraße 75
80339 München
089 21 23 89 0
info@bay-bezirke.de
www.bay-bezirke.de

Verantwortlich für den Inhalt:
Stefanie Krüger, Geschäftsführendes
Präsidialmitglied

Redaktion:
Michaela Spiller

Erscheinungstermin:
4. April 2023

SCHWERPUNKT KRANKENHAUSREFORM

Regierungskommission für eine moderne und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung

Zielsetzung – Auftrag - aktueller Stand

Die Bundesregierung hatte im Jahr 2022 Expertinnen und Experten aus der medizinischen und pflegerischen Versorgung, aus der Gesundheitsökonomie und der Rechtswissenschaften beauftragt, Empfehlungen für eine moderne und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung zu verfassen. Die Empfehlungen dieser Regierungskommission sind wiederum die Grundlage für die Beratungen von Bund, Ländern und den Fraktionen. Darüber hinaus fließen sie in konkrete Gesetzesvorhaben mit ein. Im Rahmen der Bund-Länder-Beratungen oder im Rahmen der regulären Verbändeanhörungen zu Gesetzesentwürfen sind u. a. auch die kommunalen Spitzenverbände eingebunden.

Die Regierungskommission hat bislang vier Stellungnahmen veröffentlicht:

- **Juli 2022 - 1. Stellungnahme:** Reform der stationären Vergütung für Pädiatrie, Kinderchirurgie und Geburtshilfe
- **September 2022 - 2. Stellungnahme:** Tagesbehandlung im Krankenhaus zur kurzfristigen Entlastung der Krankenhäuser und des Gesundheitswesens
- **Dezember 2022 - 3. Stellungnahme:** Reform der Krankenhausvergütung
- **Februar 2023 4. Stellungnahme:** Reform der Notfall- und Akutversorgung in Deutschland, Integrierte Notfallzentren und Integrierte Leitstellen

Die Stellungnahmen setzen sich zum Teil mit sehr spezifischen und klar abgrenzbaren Themen auseinander, zum Teil vermitteln sie einen größeren Gesamtzusammenhang. Insbesondere die dritte Stellungnahme zur Reform der Krankenhausvergütung, die Folgen für die Krankenhauslandschaft per se haben wird (siehe dazu ausführlicher in dieser Ausgabe von Bezirketag.info, S. 3).

Bereits jetzt sind weitere Empfehlungen angekündigt. Hierzu zählen neben einer Reform der Investitionsfinanzierung von Krankenhäusern sowie zu einer sektorübergreifenden bzw. -unabhängigen Regelversorgung, d. h. engere Verzahnung der Sektoren in der Planung und Finanzierung, eine ausführlichere Stellungnahme zur Notfallrettung (Rettungsdienst) und zu anderen für das System der Akut- und Notfallversorgung essenziellen „mobilen Diensten“, wie etwa wohnortnaher pflegerischer Notfallversorgung. Darüber hinaus erwartet der Bayerische Bezirkstag mit besonderer Spannung die Empfehlungen „Krankenhausreform und Psych-Fächer“.

Celia Wenk-Wolff
Referentin Bayerischer Bezirkstag
c.wenk-wolff@bay-bezirke.de

Katharina Schmidt
Referentin Bayerischer Bezirkstag
k.schmidt@bay-bezirke.de

SCHWERPUNKT KRANKENHAUSREFORM

Grundlegende Reform der Krankenhausvergütung

Dritte Stellungnahme und Empfehlung der Regierungskommission für eine moderne und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung

Die Regierungskommission hat am 6. Dezember 2022 gemeinsam mit Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach im Rahmen einer Pressekonferenz ihre „Stellungnahme und Empfehlung für eine grundlegende Reform der Krankenhausvergütung“ vorgestellt. Diese Empfehlungen sollen „als Grundlage für die nächsten politischen Reformschritte“ genutzt werden.

Ein erster Referentenentwurf zur gesetzlichen Umsetzung der Reform wurde vom BMG bereits angekündigt und soll vor der parlamentarischen Sommerpause veröffentlicht werden. Im Vorfeld werden die Länder über die verschiedenen Ebenen eng eingebunden, da die Empfehlungen weit über eine Reform der Vergütung hinaus gehen und deshalb Umsetzungen nur in einem zustimmungspflichtigen Gesetz erfolgen können.

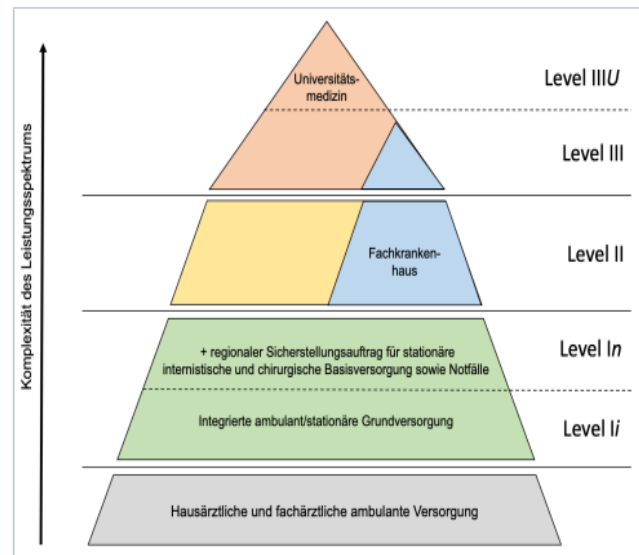
Die Empfehlungen der Regierungskommission umfassen im Kern zwei Ansätze:

- Die Leistungsanreize des DRG-Systems sollen deutlich reduziert werden. Hierzu wird das leistungsbezogene DRG-Vergütungssystem durch eine „Vorhaltevergütung“ ergänzt, wobei die Vorhaltevergütung vollständig aus dem DRG-System überführt wird (rd. 25 Prozent der bisherigen DRG-Vergütung).
- Die Krankenhausplanung der Länder soll stark vereinheitlicht werden. Hierzu schlägt die Regierungskommission drei (mit Sub-Unterteilungen: fünf) Versorgungsstufen (Level) und 128 Leistungsgruppen mit festzulegenden Mindeststrukturanforderungen vor. Grundidee ist dabei, Prozeduren und Strukturen (Operationen- und Prozedurenschlüssel OPS) in Leistungsgruppen zusammenzufassen, die deutlich differenzierter sind als die bisherigen Planungskriterien nach Fachabteilungen. Das Vorhandensein bestimmter

Leistungsgruppen wiederum soll die Zugehörigkeit zu einem Level bestimmen:

- Regionaler Sicherstellungsauftrag = Basisversorgung = Level I
- Schwerpunktversorgung = Level II
- Maximalversorgung = Level III

Das Versorgungsstufenmodell



Quelle: BMG

Im Empfehlungspapier der Regierungskommission werden auch beispielhafte OPS-Codes (Operationen und Prozeduren-Schlüssel) aufgelistet, die in die Leistungsgruppe Intensivmedizin Level 2 fallen sollen. Dort finden sich auch psychiatrische Intensivleistungen. Dennoch ist davon auszugehen, dass die Reformvorschläge der Regierungskommission ausschließlich den Regelungsbereich der Somatik betreffen. Dies betrifft sowohl die angestrebte „Strukturbereinigung“ und Vereinheitlichung der

Krankenhausplanung als auch die Beseitigung von Fehlanreizen des DRG-Systems durch Überführung von leistungsabhängigen Vergütungsanteilen in eine Vorhaltevergütung. Während in der Somatik sowohl die Anzahl bestehender Krankenhäuser als auch die qualitative und quantitative Versorgung in der öffentlichen Diskussion eine breite Rolle spielen, spielten diese Überlegungen im Bereich der Psychiatrie und Psychosomatik bisher keine Rolle. Die psychiatrischen Fachkliniken der Bezirke sind jedoch mittelbar betroffen: nicht wenige sind räumlich mit somatischen Kliniken verbunden, entweder auf demselben Gelände oder in einem gemeinsamen Gebäude. Weiter bestehen enge Kooperationen mit somatischen Kliniken.

Da sich die Regierungskommission selbst nicht beauftragt sah, Folgeabschätzungen ihrer Empfehlungen vorzunehmen, hatten zwischenzeitlich sowohl die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) als auch das Bayerische Staatsministerium für Gesundheit und Pflege (StMGP) eine Folgenabschätzung der Reformvorschläge der Regierungskommission in Auftrag gegeben. Auch wenn sich nicht alle darin beschriebenen Folgen zwangsläufig aus den Empfehlungen ergeben, weil diese nicht vollständig ausdifferenziert sind und deswegen mit Annahmen der

Umsetzung gearbeitet werden musste, so zeigt sich bei beiden Gutachten, dass bei einer Umsetzung der Empfehlungen mit gravierenden Auswirkungen auf die bisherigen Strukturen zu rechnen wäre.

Noch gänzlich offen ist derzeit die künftige Rolle der Fachkliniken.

Auch der Bezirkstag ist mit den anderen Kommunalen Spitzenverbänden in die Bewertung und die weitere Kommunikation zur Strukturreform von Seiten des Freistaats eng eingebunden. Entsprechend hat der Hauptausschuss des Bayerischen Bezirkstags in seiner Sitzung am 1. März 2023 die Position von Verbandspräsident Franz Löffler bekräftigt, dass die Reform die Versorgung psychisch kranker Menschen nicht gefährden darf und psychiatrische Versorgungsangebote für die Menschen auch auf dem Land erreichbar bleiben müssen.

Celia Wenk-Wolff
Referentin Bayerischer Bezirkstag
c.wenk-wolff@bay-bezirke.de

Katharina Schmidt
Referentin Bayerischer Bezirkstag
k.schmidt@bay-bezirke.de

SCHWERPUNKT KRANKENHAUSREFORM

Akut- und Notfallversorgung

Empfehlungen für „Integrierte Notfallzentren“ und „Integrierte Leitstellen“

Die Notfallversorgung bzw. die Notfallrettung ist in Deutschland sektoral organisiert: In Bereitschaftspraxen der Kassenärztlichen Vereinigung (niedergelassener Bereich), in Notaufnahmen der Krankenhäuser, durch den Rettungsdienst. Auch in diesem Bereich besteht Fachkräftemangel, weshalb das vorhandene Personal so zielgerichtet wie möglich eingesetzt werden muss. Die jeweiligen Zuständigkeiten, die Planung, die Strukturen und die Prozesse sind nicht ausreichend aufeinander abgestimmt, u. a. durch heterogene Strukturen in Bezug auf Öffnungszeiten, Erreichbarkeit und Vorhaltungen. Dies birgt die Gefahr, dass potenzielle Patientinnen und Patienten zunächst nicht unbedingt in dem Bereich versorgt werden, den sie benötigen.

Vor diesem Hintergrund spricht die vierte Stellungnahme der Regierungskommission Empfehlungen für eine Reform der Akut- und Notfallversorgung aus, in deren Zentrum zwei Säulen stehen. Die erste Säule stellen „Integrierte Leitstellen“ (ILS) dar, die zweite Säule „Integrierte Notfallzentren“ (INZ). Letztere sollen eine weitere fachliche Ausprägung

für Kinder und Jugendliche erhalten. Weitere Reforminhalte sind der Aufbau eines verpflichtenden einheitlichen Terminbuchungssystems sowie eine Vergütungsreform der Notfallversorgung.

Integrierte Leitstellen (ILS) = 1. Reformsäule

Alle Hilfesuchenden sollen durch die Leitstelle eine telefonische oder telemedizinische Ersteinschätzung durchlaufen und auf diese Weise dem für sie geeigneten Versorgungsangebot/ Notfallstruktur zugeordnet werden (siehe Abbildung). Den ILS soll ein breites, gut abgestimmtes Versorgungsangebot zur Verfügung stehen: Von einer Videosprechstunde über einen Verweis an eine Praxis, das Notfallzentrum, ein Krankenhaus oder die Veranlassung eines aufsuchenden Dienstes, wie dem Rettungsdienst. Ziel ist es, den Notfall abschließend zu behandeln. Die in der Bevölkerung bekannten Notrufnummern 112 und 116117 sollen erhalten bleiben. Sie soll sich primär an diese wenden, weshalb die ILS sich durch unmittelbare Erreichbarkeit und Verbindlichkeit (z. B. bei der Vermittlung eines Facharzttermins) auszeichnen sollen.

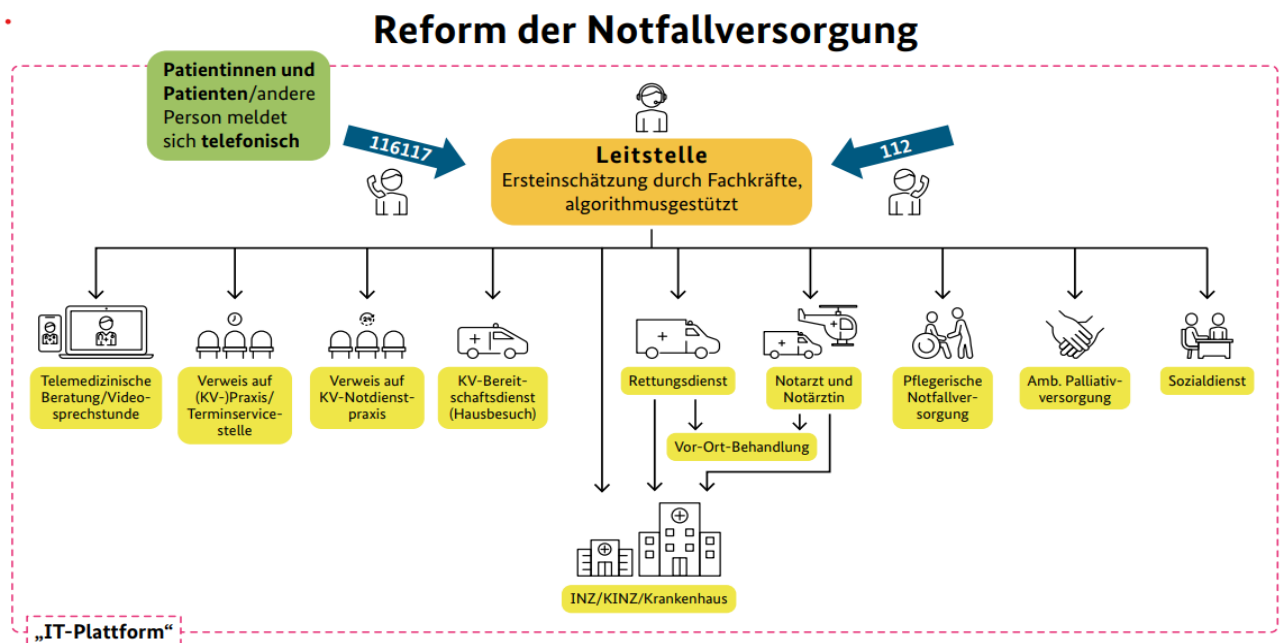


Abbildung: 4. Stellungnahme Regierungskommission, Februar 2023

Integrierte Notfallzentren (INZ/KINZ) (für Kinder und Jugendliche) = 2. Reformsäule

Ein INZ besteht wiederum aus der Notaufnahme des Krankenhauses, einer Notdienstpraxis der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) im oder direkt am Krankenhaus und einer zentralen Ersteinschätzungsstelle („Tresen“). Der Notaufnahme des Krankenhauses stehen bei Bedarf alle diagnostischen Möglichkeiten des Krankenhauses im Rahmen der Notfallversorgung zur Verfügung. INZ sollen an allen Krankenhäusern der erweiterten und umfassenden Notfallversorgung angesiedelt werden bzw. – wo regional erforderlich – an Krankenhäusern der Basisversorgung. Ein Integriertes Notfallzentrum für Kinder und Jugendliche (KINZ) soll an Krankenhäusern mit einer pädiatrischen Abteilung bzw. Kliniken für Kinder- und Jugendmedizin angedockt werden.

Gedanken zu den Reformempfehlungen aus Sicht der bayerischen Bezirke

Die Überlegungen zu einer Reform der Akut- und Notfallversorgung orientieren sich bisher nahezu ausschließlich an den Bedarfen körperlich Erkrankter.

Eine künftige Notfallstruktur muss jedoch ebenfalls für den Umgang mit Menschen in psychischen Notlagen qualifiziert sein – auch wenn deren Zugang nicht mehrheitlich über die Notrufnummern 112 oder 116 117 erfolgt.

Es sollte möglich sein, im Rahmen der Ersteinschätzung auch psychiatrischen Handlungsbedarf zu prüfen und ggf. auszuschließen. Es wäre wünschenswert, für die Betroffenen über die allgemeine Notfallstruktur eine gute Zugänglichkeit der für sie notwendigen, psychiatriespezifischen ambulanten und stationären Notfallbehandlungsangebote sicherzustellen. Dies kann über enge Vernetzung und Kooperation gelingen – vorausgesetzt, dass das psychiatrische System der Akut- und Notfallversorgung über auskömmliche und tragfähige Strukturen verfügt.

Celia Wenk-Wolff

Referentin Bayerischer Bezirkstag

c.wenk-woeff@bay-bezirke.de

Katharina Schmidt

Referentin Bayerischer Bezirkstag

k.schmidt@bay-bezirke.de

Bayernweiter Ausbau von Pflegestützpunkten als gemeinsames Ziel

Der Ausbau von Pflegestützpunkten im Freistaat Bayern schreitet erfreulicherweise zügig voran. Während es bis 2019 nur neun Pflegestützpunkte in Bayern gab, sind mittlerweile 50 Pflegestützpunkte in Betrieb – dies bedeutet eine mehr als Verfünffachung der Zahlen und damit natürlich auch der Anlaufpunkte für ratsuchende Bürgerinnen und Bürger! Weitere Pflegestützpunkte befinden sich im Aufbau sowie in Diskussions- und Abstimmungsprozessen.

Pflegestützpunkte sind zentrale Anlaufstellen und haben die Aufgabe, im Vor- und Umfeld der Pflege insbesondere zu wohnortnahen Hilfs- und Unterstützungsangeboten zu beraten, diese zu vermitteln bzw. zu koordinieren. Träger sind die Pflege- und Krankenkassen gemeinsam mit den Landkreisen, kreisfreien Städten und Bezirken. Dem angesichts der demografischen und strukturellen Veränderungen steigenden Beratungsbedarf kann gerade durch frühzeitige, wohnortnahe und neutrale Anlaufstellen begegnet werden. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass die Pflegestützpunkte als spürbarer Gewinn von den Bürgerinnen und Bürgern wahrgenommen und rege in Anspruch genommen werden. Die Pflegestützpunkte sind daher wichtige Bausteine für die bedarfsgerechte Versorgung und Betreuung pflegebedürftiger Menschen in den Kommunen.

Häufig benötigen chronisch Kranke oder Menschen mit anderen Behinderungen neben den Teilhabeleistungen der Eingliederungshilfe auch pflegerische Leistungen, so dass es hier oft Überschneidungen der verschiedenen Hilfearten und Kostenträger gibt. Aus bezirklicher Sicht bietet sich auch deshalb gerade hier eine Beratung „aus einer Hand“ an. Pflegerische, teilhabeorientierte und sonstige soziale Versorgungs- und Betreuungsangebote können dadurch aufeinander abgestimmt und ein Denken in „Schubladen“ kann vermieden werden. Ebenso erhalten die Bezirke durch die Vor-Ort-Beratung die Chance, über weitere Angebote des jeweiligen Bezirks zu informieren.

Um eine optimale Umsetzung bei der Errichtung und dem Betrieb von Pflegestützpunkten zu erreichen, wurde eine Kommission Pflegestützpunkte eingerichtet. Darin arbeiten Vertreterinnen und Vertreter des Landkreistages, Städtetages und Bezirkstages sowie der Landesverbände der Kranken- und Pflege- und Ersatzkassen zusammen, um grundsätzliche Entscheidungen zu treffen und die Weiterentwicklung der Pflegestützpunkte voranzutreiben.

Das Bayerische Staatsministerium für Gesundheit und Pflege (StMGP) möchte auch die Kommunen, in denen noch kein Pflegestützpunkt zur Verfügung steht, darin bestärken, einen solchen einzurichten und damit die Pflegelandschaft weiter zum Wohle der Rat und Unterstützung suchenden Menschen auszugestalten. Es unterstützt daher die Kommunen beim Auf- und Ausbau von Pflegestützpunkten mit Förderungen: zum einen durch die seit November 2019 bestehende einmalige Anschubfinanzierung sowie Vernetzungsförderung und zum anderen durch die seit Januar 2021 mögliche Regelförderung für den Aufbau neuer und den Betrieb laufender Pflegestützpunkte. Derzeit besteht noch die komfortable Situation, dass beide Förderungen parallel in Anspruch genommen werden können. Dies erleichtert vor allem den Aufbau neuer Pflegestützpunkte.

Nähere Informationen können Interessierte im StMGP von Referat 42 - Demenzstrategie, Beratung in der Pflege, Angebote zur Unterstützung im Alltag (Demenzstrategie@stmgp.bayern.de) erhalten.

Jakob Wild
Referent Bayerischer Bezirkstag
j.wild@bay-bezirke.de

Anna Lösch
Stv. Leiterin des Referats 42 im StMGP
Demenzstrategie@stmgp.bayern.de

Neuer Leiter des Europabüros der bayerischen Kommunen in Brüssel

Das Europabüro der bayerischen Kommunen in Brüssel hat einen neuen Leiter. Seit 1. Januar 2023 hat Herr Nicolas Lux die Leitung übernommen. Mit Herrn Lux konnte ein Europaexperte gewonnen werden, der durch seine bisherige Tätigkeit über eine langjährige Erfahrung in Brüssel verfügt. Herr Lux arbeitete für das Brüsseler Verbindungsbüro der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, als Programm-Manager und Stellvertreter der Büroleitung und ist damit bestens mit den Brüsseler Institutionen vertraut. Als Politik- und Verwaltungswissenschaftler (M.A.) hat er bereits mehrere Fachartikel zu verwaltungswissenschaftlichen sowie zu außen- und sicherheitspolitischen Themen veröffentlicht. Der bisherige Leiter, Herr Benedikt Weigl, bleibt der kommunalen Familie verbunden und ist am 1. März 2023 als Referent zum Bayerischen Gemeindetag gewechselt.

Das Europabüro der bayerischen Kommunen stellt ein wichtiges Bindeglied für die bayerischen Kommunalen Spitzenverbände nach Brüssel dar. Die kommunale Vertretung vor Ort gewährleistet eine stets aktuelle Information über die Themen der Europäischen Union mit direkten kommunalen Auswirkungen. Zugleich wird dadurch die Möglichkeit geschaffen, möglichst frühzeitig auf kommunalrelevante Initiativen aus Europa zu reagieren und den Interessen der bayerischen Bezirke, Landkreise und Gemeinden auf europäischer Ebene Geltung zu verschaffen.

Zusammen mit den Europabüros der baden-württembergischen und sächsischen Kommunen bildet das Europabüro der bayerischen Kommunen eine Bürogemeinschaft. Als Leiter des Europabüros der bayerischen Kommunen ist Herr Lux auch zugleich Leiter der Bürogemeinschaft. Zur Erhöhung der Durchschlagkraft kommunaler Positionen gegenüber den EU-Institutionen arbeiten die kommunalen



Der neue Büroleiter des EBBK: Nicolas Lux Foto: EBBK

Europabüros eng zusammen, vor allem bei der Erstellung gemeinsamer Konsultationsbeiträge, Stellungnahmen und Positionspapiere, wie z.B. dem Positionspapier zum Europäischen Grünen Deal (s. Bezirkstag.info 1/2022) oder den Positionspapieren zu geplanten Änderungen im europäischen Beihilferecht, das für die Kommunen einerseits als Empfänger von staatlichen Förderungen und andererseits zur Finanzierung der kommunalen Daseinsvorsorge von Bedeutung ist.

Sämtliche Stellungnahmen und Positionspapiere können auf der Homepage des Europabüros der bayerischen Kommunen unter www.ebbk.de abgerufen werden. Seit Anfang 2022 ist die Bürogemeinschaft mit ihrem [Twitter-Account](#) auch digital präsent und berichtet über ihre Arbeit in Brüssel, über Veranstaltungen und weitere EU-Themen.

*Irmgard Gihl
Referentin Bayerischer Bezirkstag
i.gihl@bay-bezirke.de*

Die Vielfalt der Bezirke kompakt und alltagsnah erklärt

Neue Publikation informiert über die Aufgaben und den Alltag der dritten kommunalen Ebene

Am 8. Oktober 2023 wird in Bayern der Landtag gewählt. Dabei gerät gerne in Vergessenheit, dass am selben Tag auch die sieben Bezirkstage gewählt werden. Die Arbeit dieser dritten kommunalen Ebene prägt die Regionen – und ist doch bei vielen Bürgerinnen und Bürgern wenig bekannt. Eine neue Publikation erklärt die Aufgaben der Bezirke und gibt anhand konkreter Beispiele Einblicke in deren Alltag. Das Heft ist in Zusammenarbeit der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit (BLZ) mit dem Bayerischen Bezirketag sowie den sieben bayerischen Bezirken entstanden.

Die Zuständigkeiten der Bezirke erstrecken sich von Sozialleistungen für Menschen mit Behinderungen und für pflegebedürftige Menschen, über die psychiatrische Gesundheitsversorgung hin zu regionaler Kulturarbeit und Heimatpflege. Auch die Themen Umwelt und Bildung gehören zu ihren Handlungsfeldern. Um diese vielfältigen Aufgaben zu erfüllen, sind rund 5.000 Menschen allein in den Verwaltungen der sieben Bezirke beschäftigt. Der Etat der Bezirke belief sich 2021 bayernweit auf über sechs Milliarden Euro. Zudem sind sie – direkt oder mit ihren Kommunalunternehmen - Träger von psychiatrischen Kliniken. Sie unterhalten ein Fünftel aller Krankenhausbetten in Bayern, das entspricht über 12.500 Betten. Bayernweit arbeiten rund 26.000 Beschäftigte in den bezirklichen Gesundheitseinrichtungen.

Für Franz Löffler, Präsident des Bayerischen Bezirketags, ist es im Wahljahr eine willkommene und

auch wichtige Gelegenheit, über die Bezirke als dritte kommunale Ebene in Bayern zu informieren: „Die bezirklichen Aufgaben sind sehr vielfältig. Die Bezirke prägen in den Bereichen Soziales, Gesundheit, Bildung, Kultur und auch der Umwelt ihre Heimatregion entscheidend mit. Neben einer breiten Aufgabenvielfalt stehen dahinter auch große Verwaltungen mit zahlreichen sozialen, medizinischen und kulturellen Einrichtungen. Das wird oftmals unterschätzt. Deshalb ist es uns im Wahljahr besonders wichtig, den Wählerinnen und Wählern zu zeigen, wofür sie ihre Stimme abgeben, wenn sie ‚ihren‘ Bezirkstag wählen. Für diese Gelegenheit sind wir der Landeszentrale sehr dankbar.“

Auch Rupert Gröbl, Direktor der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, freut sich über die Kooperation: „Die Bezirke sind eine bayerische Besonderheit. Ihre Aufgaben und Arbeitsfelder sind bisher allerdings wenig bekannt. Dabei sind sie für Bereiche zuständig, die die Bürgerinnen und Bürger vor Ort direkt betreffen: Sie kümmern sich u.a. um Kliniken, Fachschulen und Museen, die Eingliederungshilfe und überörtliche Sozialhilfe sowie den Natur- und Gewässerschutz. Unsere neue Publikation soll hier Aufklärung leisten und den Wählerinnen und Wählern die Bedeutung ihrer Stimme bei den Bezirkswahlen bewusst machen.“

Michaela Spiller

Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
m.spiller@bay-bezirke.de

GRUNDINFORMATION POLITIK



**Soziales, Gesundheit, Bildung und Kultur –
Aufgaben und Alltag der Bezirke in Bayern**

Informationen zur Publikation:

Herausgeber: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit und Bayerischer Bezirkstag

Reihe: Grundinformation 8

Titel: Soziales, Gesundheit, Bildung und Kultur – Aufgaben und Alltag der Bezirke in Bayern

Die Printversion kann voraussichtlich ab Mitte April über die Landeszentrale für politische Bildungsarbeit bestellt werden.
www.blz.bayern.de

Die barrierefreie pdf-Datei steht über die [Webseite des Bayerischen Bezirkstags](#) zum Download zur Verfügung.

Immer mehr Aufgaben und Verantwortung im Bereich Soziales

Eva-Maria Schweisthal unterstützt künftig das Referat Soziales in der Verbandsgeschäftsstelle

Der Aufgabenbereich Soziales nimmt bei den bayerischen Bezirken den größten Anteil ein. Über 90 Prozent der Bezirkshaushalte werden für soziale Leistungen aufgewendet. Seit Jahren steigt der Aufgaben- und Verantwortungsumfang der Bezirke in diesem Bereich. Das wirkt sich auch auf den Bayerischen Bezirkstag als Kommunalen Spitzenverband aus. Denn viele Themen werden auf Landesebene verhandelt bzw. abgestimmt. So sind die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes sowie viele Fragen und Herausforderungen im Bereich der Hilfe zur Pflege nach wie vor bestimmende Themen bei den Bezirken sowie beim Bayerischen Bezirkstag. Auch das Thema Digitalisierung erfordert ein immer höheres Maß an Abstimmung und Vereinheitlichung unter den Bezirken. Aus diesem Grund wird künftig Eva-Maria Schweisthal das Referat Soziales beim Verband ergänzen und das Team um Referatsleiter Jakob Wild und Referentin Julia Neumann-Redlin unterstützen.

Eva-Maria Schweisthal hat in Regensburg Jura studiert und zunächst als Anwältin in einer Rechtsanwaltskanzlei in Ingolstadt gearbeitet. Da sie sich besonders für soziale Themen interessiert, führte die nächste berufliche Station in die Sozialverwaltung des Bezirks Oberpfalz. Dort war sie im Bereich der Eingliederungshilfe mit Schnittstellen zur ambulanten Hilfe zur Pflege tätig. Im sogenannten Sonderbereich bearbeitete sie Leistungen wie beispielsweise das persönliche Budget, Hilfsmittel, Betreutes Wohnen in Gastfamilien und Kfz-Hilfen. Durch ihre Tätigkeit beim Bezirk Oberpfalz weiß Eva-Maria Schweisthal um die



Eva-Maria Schweisthal

Foto: privat

Aufgaben und Herausforderungen der dritten kommunalen Ebene. Wir wünschen der neuen Kollegin einen guten Start in der Geschäftsstelle und freuen uns über die niederbayerische Ergänzung im Team.

Michaela Spiller

Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
m.spiller@bay-bezirke.de

Angst in Psychiatrie und Gesellschaft

6. Symposium der Gesundheitsunternehmen der bayerischen Bezirke

Nach 2019 und dann Corona-bedingter Pause greift in diesem Jahr das Symposium der Gesundheitsunternehmen der bayerischen Bezirke ein hochaktuelles Thema auf:

Jeder Mensch kennt Ängste, sie sind Teil unserer Empfindungen und dienen dem Schutz vor potentiellen Gefahren im Alltag. Gerade aber im Rahmen der Corona-Pandemie und der Ukraine-Krise ist das Thema „Angst“ besonders in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Übertriebene, unrealistische und unangemessene Ängste können die Lebensgestaltung von Menschen erheblich einschränken und die beruflichen, familiären und sozialen Aktivitäten stark beeinträchtigen. Dahinter verbergen sich dann Angsterkrankungen, die mit zu den häufigsten psychischen Erkrankungen zählen. Die Auswirkungen der Pandemie bzw. der Ukraine-Krise können Angsterkrankungen nicht nur verschlimmern, eine wachsende Zahl von Berichten deutet auch auf eine Häufung von Angststörungen hin.

Im 6. Symposium der Gesundheitsunternehmen der bayerischen Bezirke, das am 21. Juni 2023 im Hubert-Burda-Saal der Israelitischen Kultusgemeinde in München stattfindet, sollen sowohl gesellschaftliche als auch klinisch-wissenschaftliche Aspekte von Ängsten und Angsterkrankungen dargestellt und verschiedene therapeutische Interventionsmöglichkeiten aufgezeigt werden.

Alle Interessierten sind herzlich zur Teilnahme eingeladen. Weitere Informationen einschließlich Programm und Anmeldeöglichkeit sind auf der [Webseite des Bildungswerks](#) unter 6. Symposium der Gesundheitsunternehmen der bayerischen Bezirke – Bildungswerk Irsee zu finden.

Dr. Angela Städele
Ärztliche Bildungsreferentin
staedele@bildungswerk-irsee.de

Fort- und Weiterbildungseinrichtungen treffen sich

Anfang März trafen sich auf Einladung des Bildungswerks des Bayerischen Bezirktags leitende Mitarbeitende aus Fort- und Weiterbildungseinrichtungen Bayerns und Baden-Württembergs mit dem Ziel der Vernetzung und dem Aufbau von Synergieeffekten zwischen den Einrichtungen. Vertreten waren Sabine Schuhmann-Haudeck (P3-Akademie Ansbach), Michael Mayer (Akademie der Bezirkskliniken Schwaben), Michaela Moser (kbo Akademie), Helene Neumann (GeBO-Akademie), Michaela Zeuke, Georg von Ungern-Sternberg (medbo Institut für Bildungs und Personalentwicklung) sowie Dr. Uwe Schirmer und Kim Hennig (Akademie Südwest, Baden-Württemberg). Begleitet und moderiert wurde das Treffen von den

Referenten des Bildungswerks Irsee. Neben dem persönlichen Kennenlernen stand bei diesem Auftakttreffen die Vorstellung der einzelnen Bildungseinrichtungen im Fokus. Die von allen Teilnehmenden als sehr gewinnbringend empfundene Veranstaltung soll im jährlichen Rhythmus an wechselnden Standorten fortgesetzt werden und steht auch weiteren Einrichtungen der Fort- und Weiterbildung im psychosozialen Bereich aus ganz Süddeutschland offen.

Martin Girke

*Bildungsreferent Pflege & Therapeutische Dienste
martin.girke@bildungswerk-irsee.de*

Bildungswerk unterstützt ehrenamtliches Engagement in der Psychiatrie

Das Bildungswerk des Bayerischen Bezirktags unterstützt die jährlich in Kloster Irsee stattfindenden Seminare des Landesverbands der Psychiatrie-Erfahrenen Bayern e.V. (BayPE), des Landesverbands der Angehörigen psychisch kranker Menschen Bayern e.V. (LapK) sowie des Vereins Bürgerhilfe in der Psychiatrie Landesverband Bayern e.V.

Im Februar fand das Seminar für Bürgerhelferinnen und -helfer statt. Diese Veranstaltung dient der fachlichen Fortbildung ehrenamtlich engagierter Laien- und Bürgerhelferinnen und -helfer, versteht sich aber auch als Vernetzungstreffen. Vor allem aber ist es Ausdruck der Wertschätzung und des Dankes für mitunter jahrzehntelanges bürgerschaftliches Engagement in der sozialen Psychiatrie. Gast des diesjährigen Treffens war Eva Gottstein, MdL, Beauftragte für das Ehrenamt der Bayerischen Staatsregierung. Gottstein hob die Bedeutung dieser Veranstaltung hervor: „Bürgerschaftliches Engagement in der Psychiatrie zählt zu den anspruchsvollsten ehrenamtlichen Tätigkeiten. Vor diesem Hintergrund ist es überaus wichtig, sich innerhalb der Bürgerhilfe stetig zu vernetzen und auszutauschen. Ich bin dem Bildungswerk Irsee des Bayerischen Bezirktags sowie dem Verein ‚Bürgerhilfe in der Psychiatrie, Landesverband Bayern e.V.‘ sehr

dankbar, dass mit diesem Seminar eine ideale Plattform für die Engagierten besteht!“

Anfang März fand dann das Seminar für Angehörige psychisch kranker Menschen statt. Über drei Tage wurden die Teilnehmenden aus dem gesamten Freistaat von Dr. Uwe Schirmer (Leiter der Akademie Südwest des ZfP Südwürttemberg) in Empathischer Gesprächsführung geschult. Diese Form der Gesprächsführung fokussiert auf die Ermittlung der eigenen Gefühle und Bedürfnisse sowie der des Gesprächspartners. Dabei geht es um „Mitfühlen“ und nicht um „Mitleiden“ und bietet Angehörigen in emotional herausfordernden Situation damit auch eine Möglichkeit der Selbstfürsorge.

Traditionell vom 1. bis zum 3. November wird der Bayerische Landesverband Psychiatrie-Erfahrene seine Jahrestagung in Kloster Irsee veranstalten. Das Programm wird zeitnah auf der Homepage des Bildungswerks unter Psychiatrie-Erfahrene – Bildungswerk Irsee (bildungswerk-irsee.de) zur Verfügung gestellt.

Martin Girke

*Bildungsreferent Pflege & Therapeutische Dienste
martin.girke@bildungswerk-irsee.de*

Corona und psychische Gesundheit

Gesundheitspolitischer Kongress der bayerischen Bezirke

Mit dem Ziel, Lehren aus der Corona-Pandemie zu ziehen, führte der diesjährige Gesundheitspolitische Kongress Ende Januar Bezirkspolitikerinnen und –politiker mit den Spitzen der bezirklichen Gesundheitsunternehmen, ihren Vorständen und ärztlichen wie pflegerischen Direktorinnen und Direktoren zusammen. Zum Auftakt rekapitulierte Medizinethiker Prof. Dr. Jochen Vollmann (Ruhr-Universität Bochum) die enorme technische Erfolgsgeschichte der raschen Impfstoff-Herstellung. Er bemängelte aber auch sozialmedizinische Defizite, so dass ein „unsichtbares Drittel der Bevölkerung“ durch die Impfkampagnen kaum erreicht worden sei. Die Pandemie habe als Brennglas gewirkt und bestehende gesellschaftliche Gerechtigkeitsfragen, die Fragilität des modernen Lebensstils wie auch die ökologisch destruktiven Aspekte der Konsum- wie Wohlstandsgesellschaft deutlich vor Augen geführt. Prof. Dr. Mathias Zink (Sprecher der ärztlichen Direktorenkonferenz der bayerischen Bezirkskrankenhäuser) rief dabei insbesondere den steigenden „mortality gap“ zwischen gesunden und psychisch erkrankten Menschen ins Bewusstsein, der mittlerweile bei etwa 15 Jahren liegt: „Die Pandemie und ihre Schutzmaßnahmen haben schwer psychisch kranke Menschen besonders belastet, was die Öffentlichkeit meist nicht ausreichend berücksichtigt hat“, konstatierte der Chefarzt aus Ansbach.

Welche Alternativen zum gewohnten Stationssetting erprobt sind bzw. welche Chancen und Risiken sie bieten, darüber wurde lebhaft diskutiert: Chefarztin Dr. Eva Ketisch (kbo-Isar-Amper-Klinikum München-Ost) stellte die sogenannte stationsäquivalente Behandlung vor, eine komplexe, aufsuchende, zeitlich begrenzte ambulante Behandlung zu Hause; Prof. Dr. Peter Zwanzger, ärztlicher Direktor am kbo-Inn-Salzach-Klinikum in Wasserburg, thematisierte telemedizinische

Versorgungsformen und digitale Gesundheitsanwendungen. In Erinnerung gerufen wurde aber auch die nach wie vor hohe Belastung von Kindern und Jugendlichen: Anhand eindrücklicher Fallschilderungen forderte Prof. Dr. Marcel Romanos (Klinikdirektor Kinder- und Jugendpsychiatrie der Universität Würzburg) dringend die Einführung zielgenauer wie wissenschaftlich begleiteter Präventionsmaßnahmen, mahnte aber auch ganz grundsätzlich: „Wir müssen Schule neu denken!“

In einem dritten Teil des Kongresses wurde über regionale Verbünde zur Weiterentwicklung einer stärker patientenorientierten Gesundheitsversorgung berichtet (Dr. Matthias Keilen, strategischer Vorstand der Bezirkskliniken Mittelfranken), die Einrichtung pflegegeleiteter Anlaufstellen für Patienten wie deren Angehörige vorgeschlagen (Prof. Dr. Christian Rester, Dekan der Fakultät für angewandte Gesundheitswissenschaft in Deggendorf) und ein großflächiges Modellprojekt zur sektorenübergreifenden Behandlung von schwer psychisch erkrankten Menschen mit dauerhaft reduziertem Funktionsniveau vorgestellt.

Der aus der benachbarten Pfalz angereiste Paul Bomke (Geschäftsführer des Pfalz-Klinikums für Psychiatrie und Neurologie, Klingenmünster) forderte dazu auf, „weniger Beton, dafür mehr Zelte“ zu finanzieren, sprich die bereits am Markt tätigen Akteure intensiver zu vernetzen. Das Modell ermögliche, durch multi-professionelle Teams sowohl mehr ambulante als auch mehr aufsuchende Behandlungsangebote flexibel und bedarfsgerecht vorzuhalten.

*Dr. Stefan Raueiser
Leiter Bildungswerk Irsee und Schwäbisches
Bildungszentrum
stefan.raueiser@kloster-irsee.de*

Vier neue Stolpersteine als individuelle Grabsteine

Gedenken an Opfer der NS-„Euthanasie“ in der ehemaligen Anstalt Irsee

In einer würdigen wie bewegenden Zeremonie hat der Künstler Gunter Demnig Mitte März vor der Fassade des Schwäbischen Bildungszentrums vier weitere sogenannte STOLPERSTEINE zur Erinnerung an „Euthanasie“-Opfer der ehemaligen Heil- und Pflegeanstalt Irsee gesetzt. Im Beisein zahlreicher Angehöriger, von Bürgerinnen und Bürgern der Marktgemeinde und Repräsentantinnen und Repräsentanten von Bezirkseinrichtungen wurde namentlich erinnert an Josefa Bühler (1884-1940), Maria Faber (1894-1944), Josefa Fries (1898-1940) und Xaver Rager (1898-1941).

Schwabens Bezirkstagsvizepräsidentin Barbara Holzmann rekapitulierte die einzelnen Lebensläufe: „Vier Namen, vier Menschen, vier Schicksale. Einzelne, verschiedene, vollkommen unterschiedliche – und doch stehen sie hier auch stellvertretend für die 1.218 Menschen, die in der Anstalt Irsee zwischen 1933 und 1945 zu Tode kamen. Die allermeisten von ihnen waren Opfer eines mörderischen Gesundheitssystems, das wir unter dem Sammelbegriff NS-„Euthanasie“-Aktionen verzeichnen.“

Stefanie Krüger, geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Bezirkstags, dankte in ihrer Ansprache allen, die dazu beitragen, dass Kloster Irsee (Tagungs-, Bildungs- und Kulturzentrum des Bezirks Schwaben wie zugleich Sitz des zentralen Fort- und Weiterbildungsinstituts aller sieben Bezirke) eine Einrichtung ist, „in der seit Jahrzehnten mit großem

Engagement, viel Herzblut und Leidenschaft daran gearbeitet wird, das Unrecht der Vergangenheit zu benennen, Wege der Wiedergutmachung zu suchen und vor allem Vorsorge zu treffen, damit sich solches niemals wiederholen kann“.

In kurzen, emotional bewegten Statements berichteten Angehörige sehr offen über die zum Teil über Generationen weitergereichten Traumatisierungen ihrer Familien. Durch ihre Schilderungen wurde für alle Anwesenden spürbar, wie eminent bedeutsam die öffentliche Namensnennung ist, weil Gunter Demnigs STOLPERSTEINE als individuelle Grabsteine verstanden werden. Barbara Holzmann, Erste Vizepräsidentin des Bayerischen Bezirkstags ergänzte: „Zugleich sind sie kollektive Zeichen des Nachdenkens über unsere eigene Geschichte, Schandmale für die Untaten unserer Vorgänger und Wundmale für unser eigenes Tun. Vor allem aber sind sie Ansporn, damit in unseren heutigen Gesundheitseinrichtungen und psychiatrischen Krankenhäusern nie mehr Selektionen nach Nützlichkeitskriterien oder sozialdarwinistischen Priorisierungen Raum greifen können“.

*Dr. Stefan Raueiser
Leiter Bildungswerk Irsee und Schwäbisches
Bildungszentrum
stefan.raueiser@kloster-irsee.de*